

## Verein mahnt Kernaufgabe Gesundheit an

Unterbringung von Geflüchteten entspricht nicht dem angestrebten Zweck des ehemaligen Krankenhauses

Von Regina Braungart



Dieser Riegel des Gesundheitszentrums soll nach den Plänen des Kreises erhalten bleiben. Geplant ist dort der Ausbau der Gesundheitsversorgung. Der Kreis will sich vorsorglich die Unterbringung von Geflüchteten im Bebauungsplan genehmigen lassen. Der Gemeinderat berät am 25. September darüber öffentlich. FOTO: FAWA

SPAICHINGEN - Nicht gerade glücklich läuft momentan die Kommunikation zu einem wichtigen Thema, die Unterbringung von Geflüchteten. Es gibt nur stückweise Informationen über Absichten und Pläne sowohl der Stadt als auch des Kreises. Ein Anwohner des Gesundheitszentrums, der sich auf weitere beruft, hatte Alarm geschlagen: Der sensible Standort vertrage keine Nutzung als Flüchtlingsunterkunft (wir haben berichtet), vor allem nicht durch alleinstehende Männer. Der Förderverein Gesundheitszentrum hat sich jetzt mit einer Stellungnahme zu Wort gemeldet.

Sein Anliegen: Nicht gegen die Aufnahme von Geflüchteten generell, aber am Standort die Gesundheitsversorgung für die ganze Bevölkerung, auch die Geflüchteten, zu erhalten und auszubauen. Dazu brauche es, wenn eine notfallmäßige Unterbringung nötig sei, zumindest eine zeitliche Befristung auf ein, zwei Jahre. Diese Zeit sei dem Vereinsvorstand auf dem Bauamt genannt worden, so Elke Rees. Eine Befristung sei aber nirgendwo in dem Antrag schriftlich zu finden.

Die beantragte Nutzungsänderung umfasse zwei Stationen mit einer Belegung von bis zu fünf Personen und damit potenziell rund 140 Personen, stellt der Verein folgendem gegenüber: In der Blütezeit des Krankenhauses habe dieses 130 Betten gehabt auf fünf Stationen. Zudem seien schon jetzt ein MVZ mit mehreren Praxen, weitere davon unabhängige Praxen, ein Schlaflabor, ein Pflegestützpunkt, ein Orthopädiegeschäft untergebracht.

Die ukrainischen Geflüchteten, Frauen mit Kindern in der Mehrzahl, die 2022 vorübergehend im Krankenhausgebäude

untergebracht waren, hatten die Anwohner gar nicht bemerkt. Eine offizielle Nutzungsänderung hatte es da auch nicht gegeben, sondern nur Absprachen mit dem Baurechtsamt.

Dazu der Verein: „Dass die vorübergehende Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen im ehemaligen Krankenhaus im letzten Jahr absolut logisch und sinnvoll war, steht auch für uns vollkommen außer Frage! Wir haben nach wie vor größtes Verständnis für die damalige Notlage, auch wenn die Allgemeinheit davon erst ganz kurzfristig erfuhr. Wir halten es jedoch nicht für hinnehmbar, dass nun eine zeitlich nicht begrenzte und wesentlich umfangreichere Nutzungsänderung zusammen mit der notwendigen rückwirkenden Legitimierung der damaligen Unterbringung erfolgen soll.“

Doch es gehe noch um etwas Grundsätzlicheres: „Die zahlreichen Reaktionen und die Besorgnis in der Bevölkerung sind möglicherweise auch als Unzufriedenheit über den tatsächlichen Stand der intensiv diskutierten, aber bisher überhaupt nicht umfänglich erkennbaren Nachnutzungen des ehemaligen Klinikums zu sehen. Unsere Bedenken wenden sich nicht gegen geflüchtete Menschen. Vielmehr sorgen wir uns um die Gesundheitsversorgung aller Menschen hier, auch der zu uns Geflüchteten. Daher fürchten wir, dass der lange Entwicklungsprozess des dringend benötigten Gesundheitszentrums und der versprochenen Erweiterten Ambulanten Versorgung (EAV) durch eine Blanko-Genehmigung einer umfangreichen, zeitlich nicht begrenzten Unterbringung von Ge-

flüchteten über den Haufen geworfen werden könnte“, heißt es.

Der Verein hoffe auf eine Präzisierung des Antrags und bezieht sich - ohne weitere Quelle - auf offenbar durch Landrat Bär gemachte Aussagen. „Es gehe um einen „absoluten Notfallplan B“ einer „temporären Nutzung“ für den Fall, dass die in Spaichingen noch nicht fertiggestellte und nur zögerlich vorankommende eigenständige Flüchtlingsunterkunft in einer Notfallsituation noch nicht fertig sei. Wenn es diese Flüchtlingsunterkunft gäbe, wäre die Unterbringung im GZ „vom Tisch“, denn es sei nicht beabsichtigt, das GZ zu belegen. Es bleibe bei den bekannten Plänen für das Gesundheitszentrum.“, so zitiert der Verein die offenbar geäußerte Position des Landrats.

Gegenüber wem diese Aussagen gemacht worden sind und in welchem weiteren Kontext war in unserer Recherche am Donnerstag nicht zu klären, die Anfragen beim Verein und beim Landratsamt laufen noch.

Daher ist auch nicht klar, auf welche Flüchtlingsunterkunft sich Bär bezogen haben soll. Denn die Container-Wohnungen hinter der Stadtgärtnerei sind zumindest teilweise belegt, die Bewohner tagsüber aber bei der Arbeit.

Eine Anfrage am Rande der jüngsten Ratssitzung nach dem Stand der Dinge im Sautergebäude ergab: Seit dem Beschluss, dass dort ein vorhabenbezogener Bebauungsplan - der Plan ist ein Hotel und zwei Wohnblocks - erstellt werden soll, hat sich nichts mehr getan. Die Räume in diesem Gebäude hat der Eigentümer an Geflüchtete vermietet.